

Newsletter 09/2011

| | |
|--|-------|
| Editorial..... | S. 1 |
| Fachtagung „extrem demokratisch?!“..... | S. 2 |
| Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums..... | S. 3 |
| Weitere Veranstaltungen..... | S. 5 |
| Sonstige Hinweise..... | S. 7 |
| Am rechten Rand..... | S. 8 |
| Neu in der Bibliothek..... | S. 9 |
| Impressum..... | S. 10 |

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**



wer geglaubt hatte, dass die NPD ihren Wiedereinzug in den Landtag Mecklenburg-Vorpommerns verpassen würde, sah sich am Wahlabend leider eines Besseren belehrt. Mit sechs Prozent der Stimmen musste die rechtsextreme Partei zwar einen Verlust von

mehr als einem Prozentpunkt hinnehmen; Grund für Entwarnung gibt es trotzdem nicht: Vor allem in den östlichen Gebieten des Bundeslandes führen die Rechtsextremen oft zweistellige Stimmenanteile ein. Und in Mecklenburg-Vorpommern wird die neonazistische Organisation voraussichtlich in allen Kreistagen vertreten sein.

Obwohl sich die NPD stellenweise bürgerlich gibt, lässt sie über ihren eigentlichen Charakter keinen Zweifel aufkommen. Der Fraktionschef und NPD-Spitzenkandidat Udo Pastörs hatte 2009 Juden als „Krummnasen“ und Türken als „Samenkanonen“ bezeichnet. Im Zusammenhang mit der Finanzkrise in Deutschland sprach er wörtlich von einer „Judenrepublik“ und drohte, die rechtsextreme Bewegung werde „eiskalt losschlagen“, um den „Maximalschaden dieses Parteienstaats“ zu erreichen. Dafür wurde er wegen Volksverhetzung zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. In der letzten Legislaturperiode brachten es die NPD-Abgeordneten auf insgesamt 486 Ordnungsrufe. Sie benutzen das Parlament als Bühne zur gezielten Provokation. Dies ist keine „Geheimstrategie“, sondern wird ganz offen so artikuliert. „Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reingeht und pro-

voziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten wach werden. Dann sehen sie, dass die Axt kommt“, hatte Pastörs vor einigen Jahren erklärt.

Angesichts dieser offen nazistischen Töne liegt der Gedanke an ein NPD-Verbot nahe. Dagegen gibt es viele – meines Erachtens berechnete – Einwände. Das bedeutet jedoch noch lange nicht, dass man der NPD, die doch so offensichtlich rassistisch, antisemitisch und undemokratisch agiert, gleiche demokratische Rechte wie anderen Parteien zugestehen muss. So bleibt es unverständlich, warum Pastörs am Wahlabend im ZDF und in der ARD gegen seine politischen Gegner pöbeln durfte, während die Moderatoren und Moderatorinnen dem eher hilflos gegenüber standen. Wer Rechtsextreme vor der Kamera entzaubern möchte, der kann sich nicht einfach auf moralische Überlegenheit verlassen, sondern muss gut vorbereitet sein. Sonst wird nazistischer Propaganda schlicht eine Plattform geboten. Damit ist niemandem geholfen – außer der extremen Rechten selbst.

Ich darf Sie an dieser Stelle nochmals auf die Eröffnung der Ausstellung „Depotiert ins Ghetto. Die Deportation der Juden aus dem Rheinland im Herbst 1941 ins Ghetto Litzmannstadt (Łódź)“ am 8. September 2011 um 19 Uhr im EL-DE-Haus aufmerksam machen. Ich würde mich freuen, Sie dort begrüßen zu dürfen.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

extrem demokratisch?!

Tagung, 10.-12. Oktober 2011, Königswinter

Der AK Ruhr, in dem die Stadt Köln durch die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus vertreten ist, lädt zu seiner Jahrestagung ein. Sie steht allen Interessierten offen:

„Für Demokratie“ und „gegen Extremismus“ einzutreten, ist zur Standardfloskel politischer Debatten geworden. In der aktuellen Diskussion um politische Jugendbildungsarbeit scheint sie allerdings ebenso ein Gebot zu sein, um mitreden und -arbeiten zu dürfen. Denn wer will schon mit „Anti-Demokraten“ und „Extremisten“ gemeinsame Strategien entwickeln? Der scheinbare Konsens schwindet schnell, wenn man sich mit den Inhalten hinter dieser Floskel auseinandersetzt: „Wehrhafte“ oder „radikale“ Demokratie, „Volksherrschaft“ oder „Sicherheitsstaat“ – die Vorstellungen von Demokratie sind ebenso diffus wie die vom Extremismus: „Linksextremismus“, „Rechtsextremismus“ oder „Ausländerextremismus“ – alles gleich extrem? Für die einen dient der Extremismusbegriff als notwendige Abgrenzung einer „demokratischen Mitte“ gegenüber Bedrohungen durch Verfassungsfeinde. Anderen gilt er als Ausdruck autoritärer politischer Normierungsversuche. Zudem halten KritikerInnen den Extremismusbegriff für ungeeignet, um komplexe gesellschaftliche Realitäten zu beschreiben. Was bedeuten diese unterschiedlichen Sichtweisen für die pädagogische Praxis?

Muss Jugendarbeit ein Hakenkreuz oder ein Anarcho-Zeichen an der Wand als extremistische Seiten derselben Medaille gleichermaßen ernst nehmen? Wie soll Jugend(bildungs)arbeit darauf reagieren? Welche Auswirkungen haben die aktuellen Kontroversen um den Extremismusbegriff auf die Förderung, Wahrnehmung und Anerkennung pädagogischer Arbeit? Und wie gehen KollegInnen in der Praxis mit diesen Herausforderungen um? Über diese und weitere Fragen wollen wir auf der Tagung ins Gespräch kommen. Ziel ist es, die inhaltlichen Voraussetzungen, Ansätze und Eigenschaften partizipativer Jugend(bildungs)arbeit für eine plurale Demokratie zu diskutieren.

Tagungsprogramm

Montag, 10. Oktober 2011

Bis 10.30 Uhr: Anreise und Anmeldung
10.30 Uhr: Begrüßung und Einführung

11.00 Uhr: Das Gleiche sagen, aber etwas anderes meinen. Wie wir uns über „Demokratie“ streiten: ein Streitgespräch

11.45 Uhr: „Was ist eigentlich Demokratie?“ Plädoyer für einen pluralen und beweglichen Demokratiebegriff, Kulturbüro Sachsen

13.00 Uhr: Mittagspause

14.00 Uhr: Worldcafé: Was heißt „Demokratie“ für mich?

16.30 Uhr: Zur Geschichte des Extremismusbegriffs und seiner Bedeutung in der aktuellen Diskussion, Jörg Kronauer (Sozialwissenschaftler)

18.00 Uhr: Abendessen

Dienstag, 11. Oktober 2011

09.30 Uhr: Podiumsdiskussion: Verfassungsschutz, Jugendamt und Zivilgesellschaft. Dimensionen bildungspolitischer Initiativen gegen Rechtsextremismus

Mit Eberhardt Seidel (Geschäftsführer Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) und Thomas Pfeiffer (Wiss. Mitarbeiter Abt. Verfassungsschutz des MIK NRW). Moderation: Olaf Sundermeyer (Autor und Journalist)

13.00 Uhr: Mittagessen

14.00 Uhr: „Extremismus“ in der Praxis: Auswirkungen eines Konzepts auf die pädagogische Arbeit. Workshops zu verschiedenen Arbeitsfeldern:

WS I: Schule

WS II: Kommune

WS III: Vernetzung/Bündnisse

WS IV: Bürger- bzw. Kulturzentren

18.00 Uhr: Abendessen

Mittwoch, 12. Oktober 2011

09.30 Uhr: Jugendkultur und „Extremismus“?

Das Beispiel neonazistischer Einflussnahmen auf den Fußball: Der „Kampf um das Stadion“

Richard Gebhardt (Politikwissenschaftler, RWTH Aachen)

12.30 Uhr: Feedback

13.00: Mittagessen und Ende der Tagung

Um eine verbindliche Anmeldung bis zum 30. September 2011 per Mail oder Fax wird gebeten:

Stefan Wosmann

Stadt Dortmund – Jugendamt, Respekt-Büro

swossmann@stadtdo.de

Fax: 02 31 / 50 10 125

ak RUHR

**Arbeitskreis Ruhr gegen
rechtsextreme Tendenzen
bei Jugendlichen**

Das Denkmal der Grauen Busse

Ab Donnerstag, 1. September 2011, LVR, Landeshaus Köln-Deutz

Im Oktober 1939 gab Adolf Hitler mit einem auf den 1.9.1939 zurückdatierten Schreiben den Auftrag zu der als „Euthanasie“ bezeichneten Tötung von „lebensunwertem Leben“. Die nach der Berliner Tiergartenstraße 4 – hier befand sich die Zentrale zur Leitung der Ermordung behinderter Menschen – benannte Aktion „T4“ markiert den Beginn der systematischen organisierten Morde.

Das Denkmal der begehbaren grauen Busse gedenkt nicht nur der Opfer, sondern erinnert auch an die Täter. Es be-



steht aus zwei 70 Tonnen schweren Betonbussen, modellgleiche Nachgüsse der Transportfahrzeuge der sogenannten „Gemeinnützigen Krankentransport GmbH“, mit denen die Patientinnen und Patienten deportiert wurden. Die Eröffnung mit Denkmalsentladung findet am 1. September 2011 um 11 Uhr am Landeshaus des LVR, Kennedy-Ufer 2 in Köln-Deutz statt. Informationen zum Rahmenprogramm finden Sie im nächsten Newsletter.

Veranstalter: LVR in Kooperation mit NS-DOK, ip Vogelsang und Stadt Köln

Tag des offenen Denkmals

Führungen, 11. September 2011, 11 bis 18 Uhr, EL-DE-Haus

Das EL-DE-Haus wurde 1934/35 ursprünglich als Wohn- und Geschäftshaus errichtet. Im Sommer 1935 wurde das Haus noch im Rohbau von der Gestapo in Beschlag genommen. Die Gestapo ließ das Gebäude für ihre Zwecke umbauen: In den vorgesehenen Wohnräumen wurden Büros eingerichtet und in dem oberen von zwei Kellergeschossen das Hausgefängnis mit zehn Zellen geschaffen. Vom 1. Dezember 1935 bis zum 6. März 1945 (wenige Tage vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in die Stadt) arbeitete die

Gestapo-Köln in diesen Räumen. Zum Tag des offenen Denkmals werden im Haus folgende kostenfreie Führungen angeboten:

- Führungen durch die Dauerausstellung „Köln im Nationalsozialismus“ und die Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis: 12, 13, 15, 16 und 17 Uhr.
- Familienführung „Was geschah im EL-DE-Haus?“ (Kinder ab 10 Jahren): 11 und 14.30 Uhr
- Führung durch die Sonderausstellung „Deportiert ins Ghetto“: 14 Uhr.

„Seine Schatten, meine Bilder“

Gespräch mit Jens-Jürgen Ventzki, Donnerstag, 15. September 2011, 19 Uhr, EL-DE-Haus

„Mein Vater hat hemmungslos gelogen“, sagte Jens-Jürgen Ventzki einmal in einem Interview. Der Vater, das war Werner Ventzki (1906–2004), ein Jurist und seit 1931 überzeugtes NSDAP-Mitglied. Er war Gauamtsleiter, Reichsredner und Mitglied der Waffen-SS. Und von 1941 bis 1943 war er als Oberbürgermeister von Litzmannstadt einer der wichtigsten Verantwortlichen für das Ghetto. Nach dem Krieg lebte die Familie viele Jahre in Bonn, der Vater konnte ungestraft und bruchlos in der Bundesrepublik weiter Karriere machen. Erst spät schafft es der 1944 in Litzmannstadt geborene Sohn, sich mit dieser Bürde auseinanderzusetzen. Er reist nach Łódź, recherchiert in Archiven, spricht mit Historikern und sucht den Kontakt zu Überlebenden des Ghettos. Seine biographische Suche

ist jüngst in einem Film und in einem Buch dokumentiert worden. Der ehemalige Verlagsleiter und Lehrbeauftragte an der Ludwig-Maximilians-Universität München lebt heute in Österreich.

Eintritt: 4,20 Euro, erm. 1,80 Euro



„Deportiert ins Ghetto“

**Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer Kl. 8 bis 13 (Geschichte, SoWi, Religion, Ethik)
Mittwoch, 21. September 2011, 10.30 – 15 Uhr, EL-DE-Haus**

Die Veranstaltung gibt einen Einblick in die Sonderausstellung und stellt im Anschluss ausgewählte Dokumente für den Einsatz im Unterricht zur Verfügung. Darüber hinaus werden die größeren politischen Zusammenhänge, in die die Ereignisse zu stellen sind, thematisiert und es gibt die Gelegen-

heit, didaktische Fragen zu besprechen.
Dr. Karola Fings (Kuratorin),
Konrad Klesse (Lehrer i. R.)
und Barbara Kirschbaum (Museumspädagogin)
Anmeldung bitte bis 16. September unter:
barbara.kirschbaum@stadt-koeln.de

Der Fotograf

Film, Donnerstag, 22. September 2011, 19.30 Uhr, Filmhaus, Maybachstraße 111, Köln

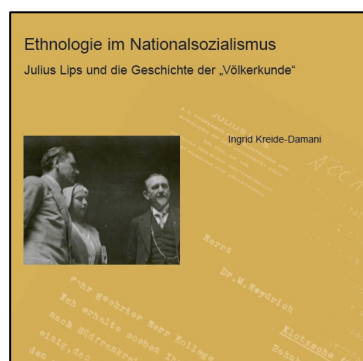
Der Leiter der Finanzabteilung der deutschen Ghettoverwaltung in Łódź, Walter Genewein, produzierte als Auftragsarbeit zwischen 1940 und 1944 Hunderte von Farbdias im Ghetto. Der Regisseur Dariusz Jabłoński benutzt diese Bilder, ergänzt um Auszüge der Aufzeichnungen Geneweins, und stellt sie den Erinnerungen des Überlebenden Arnold Mostowicz gegenüber. Der Film erhielt zahlreiche Auszeichnungen, darunter den Adolf-Grimme-Preis. Der Fotograf, Regie Dariusz Jabłoński, 1998, 56 min.

In Kooperation mit dem Filmhaus
Eintritt: 6,50 Euro, erm. 5,00 Euro



Völkerkunde im Nationalsozialismus. Neue Forschungsergebnisse Öffentliche Podiumsdiskussion, Freitag, 30. September 2011, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Wissenschaftsgeschichte kann spannend sein: Wie kein anderer Vertreter seines Faches spaltet der Ethnologe Julius Lips, bis 1933 Direktor des Kölner Rautenstrauch-Joest-Museums und Professor der Kölner Universität, die eigene Wissenschaft bis in die Gegenwart. Die Neuverlage seiner Wissenschaftsbiografie hat auf dem Büchermarkt im Herbst 2010 nicht nur in Fachkreisen internationale Beachtung gefunden. Das Buch stellt auf der Grundlage von zuvor unveröffentlichten Dokumenten aus dem Kölner Stadtarchiv den antifaschistisch engagierten Querdenker Lips dem überzeugten Nationalsozialisten Martin Heydrich gegenüber, Direktor des Rauten-



strauch-Joest-Museums von 1940 bis 1945 und 1949 bis 1960.

Kölner Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, Wissenschaft hautnah mitzuerleben und mitzudebattieren.

Diskussionsteilnehmer: Florian Eisheuer, Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin; Prof. Andre Gingrich, Universität Wien; Prof. Dieter Haller, Ruhr-Universität Bochum; Dr. Volker Harms, Universität Tübingen; Dr. Ingrid Kreide-Damani, Köln,

Moderation: Prof. Christoph Antweiler, Universität Bonn.

Eine Veranstaltung des Arbeitskreises Julius Lips, mit Unterstützung des Kulturamts der Stadt Köln.

Eintritt: frei

Break the silence Bericht zum Festival

„Break the Silence“ am 12. und 13. August 2011 war nicht nur das Motto eines zweitägigen antirassistischen Festivals, sondern auch eine selbstgestellte Aufgabe: Das Schweigen über Neonazis und Rassismus in der Eifel sollte gebrochen werden. Dazu waren zehn Bands unterschiedlichster Musikstile nach Arloff (Bad Münstereifel) eingeladen. Statt Zelten, Lagerfeuer, Livemusik und Diskussionen gab es dann aber einen kurzfristig gekündigten Mietvertrag. Eine Woche vor dem Festival standen die Veranstalterinnen und Veranstalter ohne Räumlichkeiten dar. „Antirassistisches Engagement ist hier nur unter widrigen Umständen möglich“, resümierte Mitveranstalterin Sofia die Vorgänge in der Eifel.



Obwohl sich um nahegelegene räumliche Alternativen in der Eifel bemüht wurde, musste das Festival nach Köln-Kalk ausweichen. Dort konnte es ohne Probleme in dem Kulturzentrum „Autonomes Zentrum“ stattfinden.

Über 300 Gäste fanden an beiden Tagen den Weg nach Kalk. Die Verlegung sorgte weithin für Unverständnis unter den Besucherinnen und Besuchern.

Aufgeben wollen die Organisatorinnen und Organisatoren trotzdem nicht. „Es gibt schon Überlegungen für eine Wiederholung und auch verschiedene weitere Aktivitäten im Kreis Euskirchen sind in Planung. Wir werden nicht lockerlassen!“, versprechen sie. (jmg)

Väter mit Migrationshintergrund stärker in die Bildung und Erziehung ihrer Kinder einbeziehen

Vortrag, 14. September 2011, 15-18 Uhr, Bürgerzentrum Ehrenfeld (Büze)

Der Arbeitskreis ausländisches Kind Köln (AAK), das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e. V. (BFmF), das Bezirksjugendamt Ehrenfeld/Interkultureller Dienst und die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) laden ein: „Väter sind Vorbilder für ihre Kinder. Väter sind bereit, sich zu engagieren und suchen

nach Möglichkeiten, eine aktive Rolle zu übernehmen. Dennoch sind die Angebote für Väter noch ausbaufähig. Es werden unterschiedliche Vorgehensweisen der Arbeit mit Vätern dargestellt und praktische Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert.“

Referent: Dr. Cengiz Deniz (Diplom-Sozialarbeiter, Dipl. Pädagoge, Familienberater, Mediator und Supervisor)

Forum Courage

Zukunftswerkstatt, 30. September 2011 – 2. Oktober 2011, Hackhauser Hof, Solingen

Die Landeskoordinatorin von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage in NRW, Renate Bonow, lädt ein: „Liebe Schülerinnen und Schüler, hiermit möchte ich euch herzlich zu einem Wochenendseminar einladen, dass die Evangelische Jugendbildungsstätte Hackhauser Hof e.V. in Kooperation mit uns durchführen wird. Es richtet sich an Jugendliche, die in Schulen und Jugendzentren Courage zeigen (wollen).

Ob „Braune Tonne, Welt-Café, „Blaue Hand“, Internationale Schulküche, Courage-Training, „Bass gegen Hass“, Graffiti, Telefonkette oder Stolpersteine: Schule und Jugendhaus ohne Rassismus leben von konkreten couragierten Projekten.

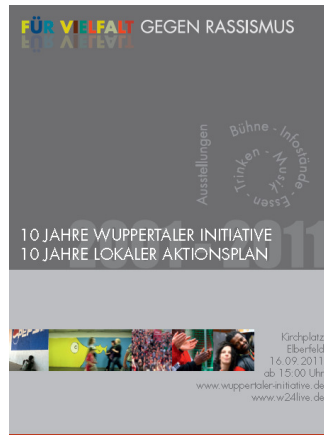
Mit der bewährten Methode der Zukunftswerkstatt werden neue Projekte in Formaten von XXS bis XXL erarbeitet. Die Projekte können im Anschluss an das Seminar direkt in den Alltag der Schule und des Jugendzentrums umgesetzt werden. Das Seminar wird von Wilfried Drews, der als Pädagoge im Hackhauser Hof arbeitet, und mir geleitet.

Ich denke, das ist eine gute Gelegenheit für die Aktiven aus den SoR-Schulen, in der Region ihre bisherigen Projekte vorzustellen und gemeinsam neue Ideen zu entwickeln. Und das mal ohne Zeitdruck und in einem Haus, das auch für die Freizeit einige Angebote bereit hält.“

Anmeldung: renate.bonow@hauptstelle-raa.de

10 Jahre Wuppertaler Initiative Geburtstagsfeier, Freitag 16. September, Wuppertal

Die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. veranstaltet zum 10-jährigen Geburtstag des Lokalen Aktionsplans eine Geburtstagsfeier bei dem Stadtfest Wuppertal 24h LIVE am 16.09.2011: „Die Feier startet um 15 Uhr auf dem Kirchplatz in Elberfeld. Das vielfältige Programm – von Musik über Capoeira bis hin zu Filmvorstellungen – und Essen aus unterschiedlichen Kulturen, wird durch eine Begrüßungsrede von Peter Jung eingeleitet.



Zusätzlich zur Wuppertaler Initiative werden noch ihre Kooperationspartner und weitere Wuppertaler Akteure, die sich im Themenfeld Antirassismus, Antifaschismus sowie Migration und Integration engagieren, vor Ort sein. Wer sich also nicht nur unterhalten lassen möchte, kann sich bei den anwesenden Organisationen noch ein paar Informationen holen“.

Weitere Informationen zur Feier, wie beispielsweise das genaue Bühnenprogramm unter:
www.wuppertaler-initiative.de.

Nationale Sinnstiftung oder vielstimmiger Erinnerung? Ansätze, Konzepte und Methoden der Vermittlung von ‚Geschichte‘ in der Einwanderungsgesellschaft Fachtagung, 7. – 8. Oktober 2011, Villa ten Hompel, Münster



Gemeinsam mit dem Geschichtsort Villa ten Hompel sowie dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW (IDA NRW) lädt die „Mobile Beratung“ im Regierungsbezirk

Münster. Gegen Rechtsextremismus, für Demokratie“ (mobim) zu einer Tagung ein:

„Mobim stellt die in der Beratungsarbeit immer wieder wichtigen Fragen nach dem „Lernen aus der Geschichte“ auch in Bezug auf die Prävention von Rassismus und extrem rechten Handlungs- und Denkmustern aus einem etwas anderen Blickwin-

kel, der bisher in der Praxis unserer Ansicht noch nicht ausreichend reflektiert wurde.

Wie können also verschiedene „Geschichten“ in eine gemeinsame Erzählung integriert werden, ohne zu relativieren? Wie können die verschiedenen Hintergründe der Teilnehmenden in der Bildungsarbeit berücksichtigt und zum Thema gemacht werden? Welche Möglichkeiten bietet dieses Feld in der Präventionsarbeit, z.B. von Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft?

Gemeinsam mit ProjektträgerInnen aus der Praxis sollen diese Fragen Anfang Oktober hier im Geschichtsort reflektiert werden. Eingeladen sind alle Interessierten, v. a. MultiplikatorInnen aus der Bildungsarbeit, MitarbeiterInnen von Gedenkstätten und Erinnerungsorten sowie LehrerInnen.“

Weitere Informationen unter:
www.mobim.info

Öffentliche Verwaltung ...und die Verbrechen des Nationalsozialismus Seminar, 23. – 28. Oktober 2011, Berlin

Eine Veranstaltung des DGB-Bildungswerk NRW in Kooperation mit ver.di NRW und dem Haus der Wannsee-Konferenz: „Die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung in Deutschland waren maßgeblich an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt. Ohne die Mitarbeit all der ArbeitnehmerInnen in staatlichen Ämtern und Dienststellen wären die Verbrechen in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen.

Mit dem Blick der Gewerkschaft, die auch für den öffentlichen Dienst zuständig ist, werden die Zusammenhänge betrachtet und bewertet. In Gesprächsrunden und Arbeitsgruppen setzen sich die TeilnehmerInnen mit der Geschichte und den Traditionen der öffentlichen Verwaltung auseinander.“

Weitere Informationen
ver.di Landesbezirk NRW, Robert Spitz
Tel.: 0211-61824-165

Wettbewerb „Sticker gegen Rechts“ Aufkleber gegen Neonazis gestalten

Bereits zum dritten Mal initiiert die Online Druckerei INNUP einen kreativen Wettbewerb gegen Rechts: „Der Wettbewerb richtet sich gegen jegliche rassistische Einstellung, rechte Verhaltensweisen und Gewalt. Mittels aussagekräftiger und kreativer Sticker-Designs positioniert sich die Online Druckerei aus Bremen erneut für eine aufgeschlossene und frei denkende Gesellschaft. INNUP bekennt Farbe gegen Rechts und lädt alle frei denkenden Menschen dazu ein, am „Sticker gegen Rechts“ Wettbewerb teilzunehmen. Der Wettbewerb startete



bereits am 2. August und endet am 5. September 2011. Die Online-Druckerei INNUP ist dabei in Kooperation mit Bremen4U und dem Backspin Magazin Initiator des kreativen und friedlichen Wettbewerbs, welcher zur allgemeinen Verbreitung von sinnvollen und ausdrucksstarken Aufklebern gegen Rechts führen soll.

Teilnahmebedingungen für den Wettbewerb
Für die Teilnahme reichen Interessierte eine entsprechende Gestaltung bei INNUP ein. Die Motive können dann direkt bei INNUP bewertet und begutachtet werden. Dabei ist es nicht erforderlich, speziell für den Wettbewerb Designs zu erstellen, denn bestehende Motive und Zeichnungen dürfen auch recycelt werden. Ziel des Wettbewerbs „Sticker gegen Rechts 2011“ ist die Verbreitung der kreativsten und wirkungsvollsten Inhalte. Die drei Gewinnerinnen oder Gewinner erhalten jeweils 1.000 Stück Ihres Motiv und 500 der jeweils anderen beiden.“

Weitere Informationen:
http://www.innup.de/Sticker-Gegen-Rechts_2011

STOP HATE CRIME! Websites online.

Neues aus der EVZ: „Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (Stiftung EVZ) engagiert sich international für Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihres Einsatzes für die Menschenrechte, ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität sowie ihres Einsatzes gegen rechte Gewalt sogenannten „Hate Crime“ zum Opfer fallen. Sie fördert zivilgesellschaftliche Initiativen in Polen, Tschechien, Russland und der Ukraine, die Betroffene unterstützen oder Monitoring betreiben.

In der Rubrik „Publikationen“ stehen vier Studien zu Hate Crime in Polen und Deutschland, Russland, Tschechien sowie der Ukraine zum Download zur Verfügung. Sie sind das Ergebnis von der Stiftung EVZ geförderten Rechercheprojekten. Fokussiert wird die Situation der gesellschaftlichen Gruppen, die von Hate Crime am stärksten betroffen sind. In allen untersuchten Ländern werden gesellschaftlich marginalisierte Gruppen gezielt angegriffen. Eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit rassis-



tisch, antiziganistisch, antisemitisch, homo- oder transphob motivierten Straftaten ist in allen Programmländern nur wenig ausgeprägt. Hate-Crime-Opfer erfahren kaum gesellschaftliche, politische und rechtliche Anerkennung. Strukturen zu ihrer Unterstützung sind schwach oder fehlen gänzlich.

An diesen Schutzlücken setzt das Programm STOP HATE CRIME! an, das die Stiftung EVZ seit 2008 entwickelt hat. Die geförderten Projekte befähigen Hate-Crime-Opfer, aktiv ihre Rechte einzufordern. Sie sensibilisieren die Öffentlichkeit für die Perspektive der Betroffenen und vernetzen sich international.

Ansprechpartner:
Timm Köhler
Programmleitung STOP HATE CRIME!
koehler@stiftung-evz.de
Tel. 030-25 92 97-25
<http://www.stiftung-evz.de/projekte/menschenrechte/stop-hate-crime/>

Am rechten Rand

Neues von der extremen Rechten in Köln und Umland

Rheinland: Neonazi-Kundgebungen in vier Städten

Pulheim – Bonn – Bad Neuenahr – Leverkusen. Vier Städte im Rheinland mussten am Samstag, den 27. August 2011 neonazistische Kundgebungen über sich ergehen lassen. Eine Woche vor dem sogenannten „Nationalen Antikriegstag“, eines bundesweit beworbenen Aufmarsches in Dortmund, versuchte die Neonazi-Szene noch einmal die Werbetrommel zu rühren. Mit Reisebussen und Lautsprecherwagen fuhren die etwa 70 Neonazis von Ort zu Ort. An den Aufmärschen beteiligten sich vor allem Neonazis aus dem Umfeld der „Aktionsgruppe Rheinland“ und dem „Aktionsbüro Mittelrhein“ aus Rheinland-Pfalz.

Werbung für „nationalen Antikriegstag“

Doch die Teilnehmenden blieben bei den Reden ihrer Anführer weitestgehend unter sich. Das



Neonazi-Demonstration in Leverkusen-Opladen (Bild: jmg)

schlechte Wetter und wenig belebte Kundgebungs-orte bescherten ihnen keine Zaungäste. Da die Kundgebungen allerdings nicht öffentlich beworben wurden, bekamen die Neonazis auch nur wenig Gegenprotest zu spüren. Informationen drangen nur spärlich nach außen. Eine Tatsache, die Initiativen wie die Antifaschistische Aktion Leverkusen nun kritisieren. In einer Pressemitteilung äußert sich die Gruppe besorgt, dass Polizei und Ordnungsbehörden solche Aufmärsche und Veranstaltungen offenbar „bewusst geheim halten, um einen Protest erst gar nicht zu ermöglichen“.

Demonstration in Leverkusen-Opladen

Leverkusen-Opladen war die letzte Station der Neonazi-Tour. Hier hielten die Neonazis nicht nur eine Kundgebung am Bahnhof ab, sondern führten auch einen Demonstrationszug durch. In Leverkusen stießen zudem weitere Neonazis hinzu, die zuvor eine ähnliche Fahrt durch das Dortmunder Umland gemacht hatten. Die Teilnehmerzahl erhöhte sich so auf gut 120 Neonazis. Auf der Kundgebung sprachen neben den Neonazi-Kadern Dennis Giemsch, er ist maßgeblich für die Organisation des „Nationalen Antikriegstag“ verantwortlich, und Axel Reitz sowie Niklas Berr. Der Leverkusener gilt als wichtiger Protagonist der dortigen Szene. Seit seiner Haftentlassung sind die neonazistischen Aktivitäten in der Stadt merklich angestiegen. (hp)

Köln: Ratssitzung in der Sommerpause endet nach zehn Minuten

Gerade einmal zehn Minuten dauerte die Sondersitzung des Kölner Rates, die Ende August auf Antrag von „pro Köln“ einberufen wurde. Die Rechtsaußen-Fraktion, die ohne die Vorsitzende Judith Wolter auftrat, hatte zwei Punkte auf die Tagesordnung setzen lassen. Sowohl der Antrag als auch die Anfrage an den Oberbürgermeister hatten angeblichen „Linksextremismus“ zum Thema.

Die Rede von Fraktionsgeschäftsführer Markus Wiener war geprägt von der bekannten Selbststilisierung seiner Partei als Opfer einer Allianz von „linken Polithooligans“ und „geistigen Brandstiftern“, die „pro Köln“ als „Staatsfeind Nummer 1“ betrachteten. Den anderen Parteien warf Wiener vor, sie würden keine „Schamgrenzen“ gegenüber „militanten Linksextremisten“ kennen. Auch in den

angeblich monopolistisch organisierten Medien herrsche keine Vielfalt und Fairness. Wiener forderte schließlich, der Rat möge eine Resolution gegen Extremismus verabschieden. Ohne Diskussion wurde der Antrag, mit Ausnahme der Stimmen von „pro Köln“, einstimmig abgelehnt. Die Stadtverwaltung ließ mitteilen, dass die Anfrage zum Thema „Linksextremismus in Köln“ in der nächsten Ratssitzung behandelt werde, weil zurzeit noch die geforderten Informationen eingeholt würden.

Die Einberufung einer Sondersitzung des Stadtrates in der eigentlich tagungsfreien Zeit im Sommer hat bei „pro Köln“ Methode: Schon 2009 und 2010 wurden solche Sitzungen einberufen, die viele Ratsmitglieder als Schikane und Steuergeldverschwendung empfinden. (hp)

Neu in der Bibliothek

beratungsNetzwerks hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus: Einblicke in die Praxis

Aus der Einleitung: Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund lösen häufig Unsicherheiten, Unbehagen und Hilflosigkeit aus. Ganz gleich, ob eine Schule, eine Kommune oder ein Verein betroffen ist, immer stellt sich die Frage, wie darauf reagiert werden soll.

Vielfach entsteht dabei auch der Impuls, am liebsten gar nichts zu tun und den Vorfall zu ignorieren. Man hofft, dass es nur ein einmaliges Vorkommnis war und sich die „Sache“ quasi von selbst erledigt. Zusätzlich fürchtet man um den Ruf seiner Institution – sorgt sich, von außen könne der Eindruck entstehen, dass Rechtsextremismus gerade hier weit verbreitet sei und es sich dementsprechend um eine „braune Hochburg“ handele.

Das Thema Rechtsextremismus ist wie kaum ein anderes vor allem von Aufregung geprägt. Presse und Fernsehen greifen häufig einzelne besonders spektakuläre Ereignisse auf. Nicht selten werden dann Forderungen nach entschlossenem Handeln in der Öffentlichkeit laut. Oft bleibt es aber bei einer nur kurzfristigen Welle der Empörung. Straftäter werden verurteilt, es werden Veranstaltungen zum Thema abgehalten und meist ist das Thema danach sowohl aus dem Blick der Öffentlichkeit als auch aus dem Fokus der Akteure vor Ort verschwunden.

Dass Rechtsextremismus meist einer längerfristigen Auseinandersetzung bedarf und nur selten mit kurzfristigen Maßnahmen behandelt, geschweige denn „gelöst“ werden kann, zeigt die Arbeit des beratungsNetzwerks hessen. Mit dem 2007 initiierten Bundesprogramm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ wurde der in den Jahren zuvor in Ostdeutschland erprobte Ansatz der Mobilen Beratung nach rechtsextremistischen Vorkommnissen auch in die westdeutschen Bundesländer übertragen.

Hessen war im August 2007 eines der ersten westdeutschen Bundesländer, das ein Beratungsnetzwerk gründete, in dem sich staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen gemeinsam dieser Aufgabe stellten. Nach dreieinhalb Jahren Arbeit zum Thema möchte das beratungsNetzwerk hessen keine abschließende Bilanz ziehen. Die verschiedenen Beiträge machen deutlich, dass Rechtsextremismus auch in Hessen ein verbreite-

tes Phänomen ist, das zum Teil langfristiger Bearbeitung und Unterstützung von Akteuren vor Ort bedarf. Die Broschüre verfolgt den Zweck, die eigene Arbeit einer breiteren Öffentlichkeit transparent zu machen, als auch zu verdeutlichen, dass die Arbeit gegen Rechtsextremismus viele Facetten hat und nur selten auf kurzfristigen Interventionen beruht.

Die Autoren und Autorinnen wollen ermutigen, sich rechtsextremen Tendenzen und Vorkommnissen vor Ort entschieden entgegenzustellen und aktiv für Demokratie und Menschenrechtsschutz einzutreten. Rechtsextremismus bedroht nicht nur seine erklärten „Feinde“, sondern die gesamte Gesellschaft. Die Arbeit des beratungsNetzwerks hessen und seiner Initiativen kann dabei eine wichtige Unterstützung sein, wie diese Broschüre zeigen möchte.



Aus dem Inhalt:

Grußwort von **Boris Rhein** (Hessischer Minister des Innern und für Sport)

Reiner Becker: beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus
Eine Bilanz der ersten 3 Jahre

Sylja Wandschneider: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Hessen

Christopher Vogel: Das ist Vielen gar nicht bewusst

Helge von Horn: Informationsveranstaltungen zu rechtsextremer Jugendkultur, Symboliken und Codes

Tami Ensinger/Christa Kaletsch: Die Bedeutung der Opferperspektive für die Beratungsarbeit

Angelika Ribler: Beratung und Unterstützung von Sportvereinen im Umgang mit Rechtsextremismus

Torsten Niebling: Beratung von Eltern rechtsaffiner oder rechtsextremer Jugendlicher

Peter Korstian: Rechts raus – und dann? Das Aussteigerprogramm IKARus

Margarete Bauer/Manfred Forell: Demokratie lernen, Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen – Eine Bürgerinitiative im Beratungsfeld Schule

Die Broschüre steht zum Download bereit unter:

<http://beratungsnetzwerk-hessen.de>

oder ist in der Bibliothek des NS-DOK einsehbar.

Mobile Beratung im Regierungsbezirk Köln:

www.mbr-koeln.de

Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln

Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs